

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist spannend, was im Verlauf eines Jahres aus unserem kleinen Vorschlag an die Fraktionen, ein Fragerecht für Bürger in die Geschäftsordnung des Stadtrates aufzunehmen, geworden ist. Wenn bei so kleinen Veränderungen, wie der Installation eines Fragerechts in Ratssitzungen, das in manchen Bundesländern (NRW) durch Landesvorgaben installiert ist, auch in einigen Nachbargemeinden (Obing, Tüßling, Chieming, ?) durch Einzelbeschlüsse, wenn es hierbei keinen Millimeter voran geht, wie wollen wir jemals mehr Bürgerbeteiligung erreichen? Wir stellen uns nach diesen Erfahrungen auch die Frage, wozu haben wir überhaupt Gremien, die Beschlüsse zwar fassen, die dann aber nie ausgeführt werden, Kontrollinstanzen, die das zwar beanstanden, aber sich nicht verantwortlich sehen, Änderungen zu kontrollieren, auf Änderungen zu bestehen? Wer bezahlt diesen Zirkus?

Zur Vorgeschichte:

Wir haben uns am 22.4.2015 bei der Kommunalaufsicht darüber beschwert, dass Stadtratsbeschlüsse nur sehr zögerlich bzw. gar nicht umgesetzt würden. Wir verwiesen beispielsweise auf einen Beschluss vom 14.2.12 mit der Beauftragung der Stadtverwaltung, einen Entwurf für eine Informationsfreiheitssatzung auszuarbeiten. Ebenso auf einen Beschluss vom 16.9.14 zur Änderung der Geschäftsordnung im Laufe des Jahres 2014 einzuführen. Hier ging es um ein Fragerecht von Bürgern an den OB – wie es in Nachbargemeinden z.B. Obing, Chieming schon in früheren Legislaturen der Gemeinderäte eingeführt wurde, nicht wieder entfernt und auch von der Kommunalaufsicht nicht beanstandet wurde. Darüber hinaus verwiesen wir auch noch auf eine Vielzahl anderer Beschlüsse und Beschwerden anderer Parteien wegen dieses Problems. Wir baten in unserem Schreiben an die Kommunalaufsicht auch darum, zu klären, ob durch eine Verbesserung im Protokollwesen möglicherweise auch durch Einsatz von Software (z.B. Ratsinformationssystem der Landeshauptstadt) solchen demokratiefeindlichen Zuständen Abhilfe geschaffen werden können.

In der Antwort der Kommunalaufsicht teilte diese mit, dass „sich die Umsetzung der Beschlüsse in Bearbeitung befindet“ und die Stadtverwaltung anstrebe, „gefasste Beschlüsse künftig zügiger umzusetzen“. Ferner wird im Schreiben auch auf die „Pflicht des Stadtrates, den Vollzug der Stadtratsbeschlüsse in eigener Zuständigkeit zu kontrollieren“. Verschiedene Kommunen praktizierten, eine Sachstandsliste zu führen.

Offenbar hatte diese Aktion keinen Effekt. Von der folgenden Stadtratssitzung wurde am 21.5.2015 im Reichenhaller Tagblatt unter der Überschrift berichtet, „Rechtliche Bedenken verhindern Fragestunde“. Danach habe die Rechtsrätin Drenkhahn dem Stadtrat informiert, „dass die Gemeindeordnung des Freistaats Bayern eine solche Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Stadtratssitzung nicht vorsieht“. Vernünftigerweise hätte sie sich vorher erkundigt, wie es denn kommt, dass die ihr vorliegende Geschäftsordnung der Gemeinde Obing genau so eine Passage schon mehrere Jahre unbeanstandet enthält. Stattdessen hat sie lt. Zeitungsbericht über das Problem der Nichtöffentlichkeit philosophiert. Nichtöffentliche Inhalte können selbstverständlich auch in einer Fragestunde nicht diskutiert werden. Warum da Probleme vorprogrammiert seien, ist uns unverständlich. Jedenfalls haben die Stadträte mit diesem Einwand über Drenkhahns Vorschlag diskutiert, die Fragen eine Woche vor den Ratssitzungen schriftlich einzureichen, damit diese von der Verwaltung angemessen bearbeitet werden können. Über konkrete Beschlüsse informiert der Artikel jedoch nicht. Bei einem zufälligen Treffen erkundigte ich mich beim Fraktionssprecher der FWG, Gerhard Fuchs, wie ein Stadtrat, der unter der Nichtbearbeitung seiner Beschlüsse durch den Oberbürgermeister leidet, beschließen könnte, diesem noch mehr Papier auf den Schreibtisch zu

laden? Fuchs gab die Auskunft, solche Anfragen sollten ja an die Fraktionssprecher gehen, die würden dann Stellung nehmen.

Darin sähen wir Piraten allerdings ein ganz neues Element der Beteiligung, zweifeln aber, ob derartige Aussprachen, durch Bürgeranfragen initiiert, mit der bayerischen Gemeindeordnung vereinbar sein werden. Um Klarheit über den Beschluss zu bekommen, haben wir uns im Protokoll der Stadtratssitzung informieren wollen. Im veröffentlichten Protokoll (<http://www.stadt-bad-reichenhall.de/medien/ergebnisse-der-oeffentlichen-stadtratssitzung-am-13052015-1.pdf>) steht dazu wieder mal gar nichts. Also: Same Procedure as every year? Ohne Piraten offenbar schon!